

Geschäftsordnung des Studierendenparlaments der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

Das Studierendenparlament (StuPa) gibt sich gemäß § 17 Abs. 1 der Organisationssatzung (OS) die folgende Geschäftsordnung.

§ 1 Geltungsbereich

Diese Geschäftsordnung regelt das Verfahren in den Sitzungen des Studierendenparlaments und des Exekutivorgans (ExOrg).

Diese Geschäftsordnung ist ferner für die Vollversammlung sinngemäß anzuwenden, sofern die §§ 10ff. der Organisationssatzung keine anderslautenden Regelungen enthalten.

Für den Ältestenrat ist § 7 analog anzuwenden.

§ 2 Sitzungsleitung

- (1) Das nach § 17 Abs. 2 OS gewählte Präsidium bildet die Sitzungsleitung der Sitzungen des StuPa.
- (2) Der Vorstand der Studierendenschaft bildet die Sitzungsleitung der Sitzungen des ExOrg.
- (3) Die Sitzungsleitung eröffnet und schließt die Sitzung. Sie sorgt für einen geregelten Ablauf der Sitzung.
- (4) Die Sitzungsleitung benennt eine Protokollführende* (Verlaufsprotokoll). Diese Person wird zu Beginn der Sitzung namentlich genannt. Sie kann der Sitzungsleitung angehören.
- (5) Sitzungsleitung und Protokollführende tragen gemeinsam die Verantwortung für den korrekten Inhalt des Protokolls.
- (6) Die Sitzungsleitung stellt fest, wann die Behandlung eines Tagesordnungspunktes oder die Durchführung einer Wahl- oder Beschlussfassung beginnt und endet.

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich die weibliche Form verwendet, obwohl grundsätzlich alle Geschlechter gemeint sind.

§ 3 Einberufung, Sitzungstermine

Studierendenparlament

- (1) Das Präsidium beruft die StuPa-Sitzungen ein (§ 17 Abs. 5 S. 1 OS). Die Sitzungstermine werden in der Regel spätestens vier Wochen im Voraus bekanntgegeben. Die Einladung erfolgt per Mail und spätestens eine Woche vor dem Sitzungstermin.
- (2) Das StuPa tagt während der Vorlesungszeit mindestens einmal im Monat. Nach Möglichkeit sollten Wochentag und Uhrzeit der Sitzung gleichbleibend sein. Bei Bedarf sind außerplanmäßige Sitzungen (Sondersitzungen) gemäß Absatz 3 vorzusehen.
- (3) Das Präsidium kann bei Bedarf eine Sondersitzung einberufen. Gemäß § 17 Abs. 4 OS muss auf Antrag des Exekutivorgans, des Ältestenrats oder eines Viertel der Abgeordneten des StuPa eine Sondersitzung einberufen werden. Die Einladung zur Sondersitzung soll mindestens zwei Wochentage im Voraus per Mail erfolgen.
- (4) Die Sitzungstermine des StuPa in der vorlesungsfreien Zeit werden vor deren Beginn in einer Sitzung festgelegt und bekanntgegeben.

Exekutivorgan

- (5) Das ExOrg tagt in der Vorlesungszeit in der Regel jede Woche, in der keine reguläre StuPa-Sitzung stattfindet. Der Wochentag entspricht dem der StuPa-Sitzungen.
- (6) Der Vorstand beruft die ExOrg-Sitzungen ein. Dies geschieht per Mail. Die Einladung muss mindestens drei Vorlesungstage im Voraus erfolgen.
- (7) Der Vorstand kann bei Bedarf eine Sondersitzung einberufen. Auf Antrag eines Fachreferats muss eine Sondersitzung einberufen werden. Die Einladung zur Sondersitzung muss mindestens einen Vorlesungstag im Voraus per Mail erfolgen.

Einspruchsrecht

- (8) Innerhalb einer Woche nach einer Sitzung des StuPa oder des ExOrg kann durch jedes Mitglied der Studierendenschaft vor dem Ältestenrats der Einspruch erhoben werden, eine Sitzung sei nicht ordnungsgemäß einberufen worden.
- (9) Gemäß § 29 Abs. OS kann der Ältestenrat Beschlüsse der betreffenden Sitzung für nichtig zu erklären.

§ 4 Tagesordnung

- (1) Die Sitzungsleitung erarbeitet für jede Sitzung einen Vorschlag für eine Tagesordnung. Diese basiert auf Punkten vergangener Sitzungen, Anträgen, und Berichten.
- (2) Die vorläufige Tagesordnung ist
 - (a) für das StuPa mindestens zwei Tage vorher bekannt zu geben.
 - (b) für das ExOrg mindestens einen Tag vorher bekannt zu geben.
- (3) Die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte durch die Sitzungsleitung vor Sitzungsbeginn ist möglich.
- (4) Die von der Sitzungsleitung erarbeitete Tagesordnung ist zu Beginn der Sitzung zu beschließen. Auf Antrag ist diese durch einfache Mehrheit zu ändern. Dies beinhaltet das Hinzufügen oder Entfernen von Tagesordnungspunkten.
- (5) Die beschlossene Tagesordnung muss mindestens enthalten:
 - (a) Die Genehmigung der vorliegenden Protokolle,
 - (b) Bericht des Exekutivorgans,
 - (c) Verschiedenes.

§ 5 Ablauf der Sitzung

- (1) Bei Meinungsverschiedenheiten und Zweifeln über die Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet die Sitzungsleitung. Gegen die Entscheidung der Sitzungsleitung kann Widerspruch eingelegt werden. In diesem Fall entscheidet das StuPa mit einfacher Mehrheit.
- (2) Die Sitzungen des StuPa und des ExOrg und ihrer untergeordneten Einheiten sind grundsätzlich für ihre Mitglieder im Sinne von § 1 der Organisationssatzung öffentlich (§ 4 Abs. 2 S. 1 OS).
- (3) Davon ausgenommen sind gemäß § 4 Abs. 2 S. 2 OS Personalangelegenheiten oder Angelegenheiten, die die Persönlichkeitsrechte der Mitglieder betreffen. Über diese Angelegenheiten sind die Mitglieder zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Redeleitung

- (4) Die Redeleitung ist Aufgabe der Sitzungsleitung. In Sitzungen des ExOrg kann

die Redeleitung mit einfacher Mehrheit an eine teilnehmende Person abgegeben werden.

- (5) Es ist eine Redeliste zu führen. Über die Art der Redeliste entscheidet die Sitzungsleitung oder die Sitzung mit einfacher Mehrheit.
- (6) Die Redeleitung erteilt das Wort. Sie kann die Redezeit begrenzen. Sie kann der Rednerin Ordnungsrufe erteilen. Kommt eine Rednerin dem Ordnungsruf nicht nach, kann ihm/ihr das Wort entzogen werden.
- (7) Weitere Aufgaben sind die Wiederholung von Anträgen, die Zusammenfassung von Argumenten und die Ahndung weiterer Verstöße (Beleidigungen, Abweichen vom Thema, etc.).

Anträge zur Geschäftsordnung

- (8) Anträge zur Geschäftsordnung werden durch das Heben beider Arme oder, sofern dies nicht möglich ist, durch entsprechendes Zeichen, angezeigt. Anträgen zur Geschäftsordnung muss das Wort nach Beendigung des laufenden Wortbeitrages unverzüglich erteilt werden. Ausführungen zur Geschäftsordnung dürfen sich nur auf die geschäftsmäßige Behandlung einer Sache beziehen.
- (9) Ist ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, wird die Debatte unterbrochen und es besteht die Möglichkeit zur formalen oder inhaltlichen Gegenrede. Eine inhaltliche Gegenrede ist einer formalen vorzuziehen.
 - (a) Erfolgt keine Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen und muss sofort umgesetzt werden.
 - (b) Erfolgt eine formale Gegenrede, so wird unverzüglich über den Antrag zur Geschäftsordnung abgestimmt.
 - (c) Erfolgt eine inhaltliche Gegenrede, so können Einwände gegen den Antrag zur Geschäftsordnung vorgebracht werden. In Anschluss an die Gegenrede wird über den Antrag zur Geschäftsordnung abgestimmt.
- (10) Anträge zur Geschäftsordnung sind unter anderem:
 - (a) Antrag auf Vorziehen oder Zurückstellen eines Tagesordnungspunkts
 - (b) Antrag auf Nichtbefassung mit einem Antrag oder einem Tagesordnungspunkt
 - (c) Antrag auf Vertagung eines Antrags oder Tagesordnungspunkts
 - (d) Antrag zur Tagesordnung:
Durch einen Antrag zur Tagesordnung können dieser

Tagesordnungspunkte, die zum Zeitpunkt des Sitzungsbeginns noch nicht bekannt waren, auch während der Sitzung noch hinzugefügt werden.

- (e) Antrag auf Verlängerung der Beratungsfrist:
Bei Antrag auf Verlängerung der Beratungsfrist wird eine anstehende Abstimmung zum Zweck einer besseren Informationslage auf die nächste Sitzung verlagt.
 - (f) Antrag auf Begrenzung der Redezeit einzelner Beiträge
 - (g) Antrag auf Schließung der Redeliste:
Bei einem Antrag auf Schließung der Redeliste ist vor der Abstimmung die Redeliste bekannt zu geben. Wird Schließung der Redeliste beschlossen, so erhalten nur noch die bei der Stellung des Antrages vorgemerkten Rednerinnen in der vorgemerkten Reihenfolge das Wort.
 - (h) Antrag auf Wiedereröffnung der Redeliste
 - (i) Antrag auf sofortigen Schluss der Debatte
 - (j) Antrag auf geheime Abstimmung
 - (k) Antrag auf erneute Auszählung einer Abstimmung
 - (l) Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit nach § 18 der Organisationssatzung
 - (m) Antrag auf Unterbrechung der Sitzung
 - (n) Antrag auf temporäre Ablösung der Sitzungsleitung:
Bei Befangenheit kann die Sitzungsleitung für einen Tagesordnungspunkt durch ein oder mehrere andere Mitglieder des StuPa ersetzt werden.
 - (o) Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit
 - (p) Antrag auf Ablösung der Protokollführenden:
Bei begründeten Zweifeln an der Fähigkeit der Protokollführenden, die ihr übertragenen Aufgaben korrekt auszuführen, kann diese Person durch ein anderes Mitglied abgelöst werden.
- (11) Über die Geschäftsordnungsanträge nach § 5 Abs. 10(j) und § 5 Abs. 10(l) findet keine Abstimmung statt. Sie werden automatisch umgesetzt.
- (12) Die Geschäftsordnungsanträge nach § 5 Abs. 10(i) und § Abs. 10(o) bedürfen für ihre Annahme einer 2/3-Mehrheit.
- (13) Ein Antrag oder Tagesordnungspunkt kann insgesamt höchstens zweimal Gegenstand der Geschäftsordnungsanträge nach § 5 Abs. 10(b), § 5 Abs. 10(c)

und § 5 Abs. 10(e) werden. Sind entsprechende Geschäftsordnungsanträge zweimal angenommen, so ist es nicht mehr möglich, einen dieser Geschäftsordnungsanträge mit Bezug auf diesen Antrag oder Tagesordnungspunkt zu stellen.

- (14) Bei Geschäftsordnungsanträgen sind alle Teilnehmerinnen der Sitzung stimmberechtigt.

§ 6 Beschlussfassung

Beschlussfähigkeit

- (1) Zu Beginn jeder Sitzung wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.
- (2) Wird zu Beginn oder während einer Sitzung mangelnde Beschlussfähigkeit festgestellt, wird die Sitzung gemäß § 18 vertagt.

Beschlussfassung

- (3) Sofern nicht anders geregelt, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst.
- (4)
- (5) Im StuPa sind alle Abgeordneten im Sinne des § 16 Abs. 1 S. 1f. OS stimmberechtigt. Im ExOrg sind die Mitglieder nach § 20 Abs. 1 S.1 OS stimmberechtigt.
- (6) Die Gremien beschließen in der Regel offen per Handzeichen bzw. einer adäquaten anderen Geste.
- (7) Das Stimmrecht kann nicht delegiert werden (§ 17 Abs. 6 S. 2 OS).
- (8) Sofern die Notwendigkeit für Beschlüsse vorhanden ist und eine Sondersitzung gemäß § 3 Abs. 3 nicht möglich ist, kann das Studierendenparlament im Wege eines schriftlichen Umlaufverfahrens beschließen.
- (a) Beschlüsse im schriftlichen Verfahren sind unzulässig, wenn ein Mitglied begründet dem schriftlichen Verfahren widerspricht. Über den Widerspruch entscheidet das Präsidium.
- (b) Ein Antrag im schriftlichen Umlaufverfahren gilt als angenommen, wenn nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Absendung die Zustimmung verweigert wird. Es gilt § 6 Abs. 3.

- (c) Für Beschlüsse, welche eine Zweidrittelmehrheit benötigen, ist ein schriftliches Umlaufverfahren nicht zulässig.

§ 7 Protokoll

- (1) Gemäß § 4 Abs. 3 OS sind Sitzungsprotokolle anzufertigen.
- (2) Innerhalb von 7 Tagen nach Versendung des vorläufigen Protokolls sowie zu Beginn der Sitzung können gegen das Protokoll der letzten Sitzung Einsprüche erhoben werden. Wird einem Einspruch per Abstimmung zugestimmt, muss das Protokoll vor Veröffentlichung durch die Protokollführende entsprechend korrigiert werden.
- (3) Werden keine (weiteren) Einwände gegen das Protokoll erhoben, so gilt es als angenommen.
- (4) Ein Protokoll enthält mindestens:
 - (a) Datum, Beginn und Ende der Sitzung und der einzelnen Tagesordnungspunkte,
 - (b) Liste der anwesenden Organmitglieder,
 - (c) Liste der sonstigen Anwesenden,
 - (d) Wortlaut aller Sachanträge und Anträge zur Geschäftsordnung sowie ggf. das Abstimmungsergebnis über diese,
 - (e) den groben Verlauf und inhaltlichen Abriss der Wortbeiträge,
 - (f) Unterzeichnung der Sitzungsleistung und der Protokollführenden.
- (5) Personaldebatten und Angelegenheiten, die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, werden nicht protokolliert. Ihre Ergebnisse werden jedoch im Protokoll festgehalten.
- (6) Das Protokoll ist als vorläufige Fassung den Mitgliedern innerhalb von sechs Tagen nach Ende der Sitzung per Mail zukommen zu lassen. Das beschlossene Protokoll der öffentlichen Sitzung gemäß § 4 Abs. 2 OS ist zusätzlich auf der Webpräsenz der Verfassten Studierendenschaft zu veröffentlichen.
- (7) § 7 Abs. 4(b) ist nicht auf Protokolle der Vollversammlung anzuwenden.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Geschäftsordnung tritt nach einer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit mit ihrer Veröffentlichung in den Bekanntmachungen des Rektorats in Kraft.
- (2) In Kraft getreten am: Heidelberg, den 16.12.2014

Heidelberg, den 05.06.2019

gez. Magdalena Neumann
Präsidentin des Studierendenparlaments

gez. Laura Miriam Roos
Vorsitzende der Studierendenschaft

gez. Christian Seiler
Vorsitzender der Studierendenschaft